

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 426

Einwohnerratssitzung vom Montag, 26. August 2013, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	31/32/33/34 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Marc Bürgi, Martina Häring, Karin Hess, Urs Hess, Rolf Hohler (anwesend ab 19.10 Uhr), Andrea Klein, Christian Schäublin, Fredi Wiesner (anwesend ab 20.25 Uhr), Christoph Zwahlen (anwesend ab 20.15 Uhr) Gemeinderat: -
Vorsitz	Roland Kuny, Präsident
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Beantwortung des Postulates der SP-Fraktion, Gert Ruder und Werner Graber, betreffend "Velo- Fussgängerunterführungen und SBB Ausbaupläne"	2700
2.	Quartierplanung Fachmarkt Grüssenhölzli – 1.Lesung	2839
3.	Quartierplanung Fachmarkt Grüssenhölzli / Sondervorlage für Gemeindebeitrag Verlegung Gasleitung von netto CHF 920'000.—	2840
4.	Quartierplanung Fachmarkt Grüssenhölzli / Sondervorlage für Gemeindebeitrag Entsorgung Altlasten von netto CHF 5.6 Mio.	2841
5.	Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Gemeindeeigene Grundstücke“	2842
6.	Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Dominik Holenstein, betreffend „Quecksilber-Emissionen in Pratteln“	2843
7.	Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Dominik Holenstein, betreffend „Vorfälle im Alters- und Pflegeheim Madle“	2844
8.	Postulat der SP-Fraktion, Claudio Rossi, betreffend „Beschäftigungsprogramm für Sozialhilfebezüger in Eigenregie“	2845
9.	Fragestunde (nach der Pause)	

Begrüssung durch Roland Kuny, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüsse sie zur 426. Sitzung des Prattler Einwohnerrates am heutigen 26. August 2013. Ebenfalls begrüsse ich die Vertreter der Presse sowie auch die Zuhörerinnen und Zuhörer im Publikumsbereich. Die Sommerferien sind vorbei und ich hoffe, sie konnten das schöne Wetter geniessen und sich von den Strapazen der letzten Einwohnerratssitzungen erholen. So können wir nun mit frischem Elan in das neue politische Jahr starten. Neu möchte ich Fabienne Zahnd Birri im Rat begrüssen; sie übernimmt den Sitz von Stephan Ackermann. Des Weiteren heisse ich Claudio Rossi neu als Stimmenzähler im Büro herzlich willkommen. Ich wünsche euch viel Spass bei euren Aufgaben. Um den Stimmenzählern die Arbeit zu erleichtern, möchte ich an sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrates, appellieren, bei Abstimmungen die gelbe Stimmkarte deutlich in die Höhe zu heben, damit wir das Wiederholen von Abstimmungen vermeiden. Ich bitte ich sie auch, in Ihren Voten Wiederholungen zu vermeiden sowie andere Voten mit Respekt, Verständnis und Anstand zu unterstützen oder zu dementieren. Des weiteren möchte ich das Eintreten gleich handhaben wie mein Vorgänger Mauro Pavan, und euch bitten, zum Eintreten nur zu sprechen, falls ihr eine Rückweisung oder „nicht eintreten“ wünscht. Im Voraus schon vielen Dank für ihren Beitrag zu einem effizienten, fairen und geordneten Ratsbetrieb.

Präsenz

Es sind zurzeit 31 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 16, das 2/3-Mehr 21 Stimmen.

Mitteilungen

Die BDP/GLP-Fraktion im Landrat hat **Marc Bürgi** zum neuen Fraktionspräsidenten für das Jahr 2013/2014 gewählt. Das Büro gratuliert ganz herzlich.

Die Post hat beim Eingang zum **Bahnhof Salina Raurica** einen **neuen Briefkasten** montiert. Im Verlauf eines Jahres soll nun geklärt werden, ob er ausreichend benutzt wird. Dies ist zurückzuführen auf ein Postulat der Unabhängigen Pratteln vom 29. Oktober 2012 betreffend Briefeinwurf beim Bahnhof Salina Raurica (im November 2012 abgeschrieben).

Die **Sitzungsdaten 2014**, welche das Büro an seiner Sitzung vom 20. Juni 2013 genehmigt hat, wurden allen Fraktionspräsidenten zur Vernehmlassung zugestellt. Es sind keine Änderungswünsche eingereicht worden. Die Sitzungsdaten werden deshalb an der Einwohnerratssitzung verteilt und publik gemacht.

Rücktritt von Dominik Holenstein aus dem Einwohnerrat Pratteln: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerratskolleginnen und -Kollegen, geschätzter Gemeinderat. Aus beruflichen und privaten Gründen werde ich Pratteln verlassen und in den Kanton Zürich ziehen. Deshalb gebe ich hiermit meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat Pratteln per Ende September bekannt. Mit grossem Interesse durfte ich in den letzten Jahren aktiv an Entwicklungen und Entscheidungen in der Gemeinde Pratteln als Vertreter der Unabhängigen und Grünen mitwirken. Ich habe die Diskussionen im Rat sowie in der Fraktion und bei anderen Gelegenheiten auch über die Parteigrenze hinweg sehr geschätzt und als wertvoll empfunden. Vor allem hat mich beeindruckt, miterleben zu können, wie die Gremien in den politischen Prozessen der direkten Demokratie funktionieren und welche vielfältigen Möglichkeiten es gibt, um seinen Anliegen Gehör zu verschaffen. Mir haben diese Erfahrungen gezeigt, wie wichtig die Demokratie für unser Land ist, damit die Bevölkerung ihre Anliegen einbringen kann und gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. Ich habe die Diskussionen im Einwohnerrat meistens als konstruktiv und fair

empfundenen. Dafür danke ich allen Einwohnerratskolleginnen und -Kollegen. Ich wünsche dem Einwohnerrat viele spannende Sitzungen mit kreativen Lösungen für die anstehenden Probleme in der Gemeinde Pratteln. Viele Grüsse und alles Gute, Dominik Holenstein.

Rücktritt von Mario Puppato aus dem Einwohnerrat Pratteln: Lieber Roland, liebe Ratskolleginnen und -Kollegen. Für die vorletzte Legislaturperiode habe ich mich, obwohl bereits im Rentenalter, nochmals als Kandidat für den Einwohnerrat zur Verfügung gestellt. Gerne habe ich nach der Wahl auch Verantwortung übernommen, so als Fraktionspräsident und Vize-Präsident der RPK. Doch es nagt der berühmte „Zahn der Zeit“ und ich habe mich entschlossen, die Zahl meiner Mandate und anderen Engagements zu reduzieren. Deshalb erkläre ich hiermit meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per 30. September 2013. Ich bin zuversichtlich, dass der Einwohnerrat auch weiterhin die anstehenden, wichtigen Geschäfte sachlich angehen und zum Wohle von Pratteln entscheiden wird. Ich wünsche Euch allen alles Gute. Mit freundlichen Grüssen, Mario Puppato

Neuer parlamentarischer Vorstoss

- Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Velochoas Bahnhof Nord“ vom 21. August 2013

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Es gibt keine Bemerkungen zum zugestellten Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem vorliegenden Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2700

Beantwortung des Postulates der SP-Fraktion, Gert Ruder und Werner Graber, betreffend "Velo- Fussgängerunterführungen und SBB Ausbaupläne"

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 27. Juni 2013

GR Stefan Löw: In der ersten Beantwortung vom 29. Oktober 2012 wurde vom Einwohnerrat bemängelt, dass vonseiten des Gemeinderats keine klare Absichtserklärung ersichtlich sei. In der jetzigen Beantwortung mit dem angegliederten Langsamverkehrskonzept werden der Istzustand und die Schwachstellen deutlich aufgezeigt. Das Konzept enthält im Wesentlichen eine Bestandesaufnahme und eine Bewertung sowie eine Strategie und Vorschläge. Das Konzept beantwortet Fragen 1 und 2 des Postulates sehr umfangreich und auch vertieft. Zur Frage 3 ist sich der Gemeinderat bewusst, dass der Austausch mit der Bevölkerung und der SBB aufrechterhalten bleiben muss und die Informationen auch fliessen müssen. Weil die schriftliche Beantwortung sehr umfangreich ist, erachte ich es nicht für notwendig, detailliert auf das Konzept einzugehen. Die Ausführungen auf Seite 18 des Konzeptes erachtet der Gemeinderat als massgebend und beantragt ihnen, das Postulat abzuschreiben.

Gert Ruder (Postulant): Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die ausführlichen Antworten. Diese erklären genug und wir können sehen, wohin die Angelegenheit gesteuert werden soll. Trotzdem bleibt bei uns Postulanten eine kleine Unzufriedenheit: Auf Seite 2 der Gemeinderatsvorlage erscheinen unter „Verhandlungen mit den SBB...“ die Bahnhofunterführung, die Unterführungen Gallenweg und Fröschmatt und die Passerellen Gempenstrasse bzw. Güterstrasse/Industriestrasse. Die Coop-Passerelle erscheint hier nicht. Auf Seite 21 des Metronberichtes kann man erkennen, dass diese Passerelle lediglich erhalten werden soll. Dass sie erhalten wird, kann man sehen: Sie ist eingerüstet und wir vermutlich neu gemalt. Mittel- bis langfristig erscheint es mir, dass die SBB nicht gewillt ist, diese Passerelle oder eine noch bessere Situation zu erhalten bzw. zu erstellen. Dies ist für uns als Postulanten enttäuschend, denn wir waren und sind immer noch der Meinung, dass genau an dieser Stelle in der Verlängerung der Gottesackerstrasse eine Quartierverbindung hergestellt werden sollte, die wirklich velo- und behinderten- und fussgängerfreundlich ist. Weiter wird auch über die vorhandenen Querungen des Langsamverkehrs in diesem Bericht gut berichtet, aber wir sehen nirgends terminliche Vorstellungen für Verbesserungen. Das Inventar dieser Querungen hat 13 Auflistungen/Punkte und davon sind 10 für den Langsamverkehr nicht nutzbar, nicht behindertengerecht, ungeeignet für ältere Personen oder Kinderwagen oder für Fahrräder gar nicht geeignet. Von 13 haben 10 eine solche Beschreibung. Auf Seite 9 des Metronberichtes stehen diese Tatsachen, die eine klare und eindeutige Priorisierung durch den Gemeinderat nötig hätten. Dies war unsere Erwartungshaltung; wir sind trotzdem für Abschreibung und sind sicher, dass wir zu gegebener Zeit erneute Vorstösse zum Thema machen werden. Werner Graber wird noch eine Ergänzung meiner Ausführungen vornehmen.

Werner Graber: Gert Ruder hat das Wesentliche zu diesem Postulat schon gesagt. Handlungsbedarf Unterführung Fröschmatt: „Ja“. Am 3.2.2011 haben wir in diesem Rat das Postulat von Christoph Zwahlen behandelt, und zwar genau wegen dieser Frörschiunterführung. Dort hat der Gemeinderat der Variante 1 den Vorzug gegeben, was jedoch nicht bedeutet, dass auf den Ausbau dieser für den Langsamverkehr wichtigen Nordsüdverbindung verzichtet wird. Vielmehr sind Rahmenbedingungen und Entwicklungen der SBB, die heute noch nicht klar sind, abzuwarten. Warten wir also noch 30 – 40 Jahre, bis die SBB weiss, was sie will und ein Kredit gesprochen ist, bis wir dann endlich eine fussgänger- und behindertengerechte Unterführung für den Langsamverkehr haben. Dannzumal wurde das Postulat abgeschrieben. Unternommen wurde nichts, es ist zu kompliziert, und dies wurde auch in der Studie gesagt. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass er ein Terminblatt bringt, wann er die Frörschiunterführung wie sanieren will. Dann liegt mal etwas vor, und wenn der Gallenweg baubedingt einmal gesperrt oder der Durchgang für den Langsamverkehr erschwert wird, man nicht bis an die Oberemattstrasse muss. Dieser Umweg ist für niemanden zumutbar. Ich bitte den Gemeinderat, dieses Projekt in Angriff zu nehmen und aufzuzeigen, wie er die Sanierung der Frörschiunterführung sieht, weil unsere Motion dazumal abgelehnt wurde.

Emil Job: Wir bedanken uns für die Schwachstellenanalyse des Langsamverkehrs; es war sehr interessant, diese zu sehen. Bei der Beantwortung stört uns klarerweise der Zeithorizont. „Warten auf die SBB“ heisst klar: Wenn im Februar FABI angenommen wird, warten wir mindestens bis 2025 und wenn es nicht angenommen wird, noch viel länger und dies kann es nicht sein. Wir sind trotzdem für Abschreibung, damit wir dies in Zukunft wieder anstossen können.

Andreas Seiler: Die FDP-Mitte-Fraktion ist mit dieser ausführlichen Antwort sehr zufrieden und darum sind wir für Abschreiben.

Präsenz: Es sind nun 32 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 22 Stimmen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2700 wird als erfüllt abgeschrieben.

Geschäft Nr. 2839

Quartierplanung Fachmarkt Grüssenhölzli – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 2. Juli 2013

Auf dem Rednerpult hat der Abteilungsleiter Bau, Dieter Härdi, Platz genommen und steht zur Beantwortung von Fachfragen bereit.

GR Rolf Wehrli: Der Quartierplan „Fachmarkt Grüssenhölzli“ befindet sich in der 1. Lesung. Es handelt sich um eine ausführliche Vorlage, die einen relativ grossen Vorlauf hatte, bis sie im Einwohnerrat präsentiert werden konnte. Ich gehe davon aus, dass sie die Vorlage ausgiebig und intensiv studiert haben. Wir sind froh, dass wir nun im Gebiet Grüssen mit den noch bebaubaren Parzellen langsam fertig werden. Diese Parzelle gehört der Gemeinde Pratteln und dem Gemeinderat ist wichtig, dass man die Parzelle nun nutzen kann und wir bitten sie, dem Quartierplan zuzustimmen.

Das Büro empfiehlt Eintreten und Überweisung an die BPK. Diskussion zum Eintreten.

Gert Ruder: Namens der SP-Fraktion rede ich zum Eintreten und nehme vornweg, dass wir für Eintreten und auch für eine Überweisung an die BPK sind. Der geplante OBI-Fachmarkt bringt neben einem Abschluss der Bautätigkeiten in diesem Fachmarktquartier langfristig für die Gemeinde erwünschte Mehreinnahmen. Die monetär gute Situation soll aber nicht nur euphorisch mit diesem Geschäft durchgewunken werden, sondern mit allen Tragweiten, die es bietet, genau und seriös überprüft werden. Deshalb plädiert die SP-Fraktion auf Eintreten und nach Abschluss der Eintretensdebatte auf Überweisung an die BPK. Ich bitte im Namen der Fraktion den Präsidenten, so zu verfahren, dass man schon während der Diskussion auf die wichtigsten Punkte hinweisen kann, damit die BPK schon weiss, was sie tun hat, falls es zu einer Überweisung kommt. Die SP-Fraktion ist Meinung, wenn auch alle Fraktionen in der BPK vertreten sind, dass schon hier öffentlich markiert werden soll, in welche Richtung die Prüfung gesteuert werden soll. Seitens der SP sind Fragen offen bezüglich den konstruktiven Vorbedingungen des Daches für mögliche Fotovoltaik oder Solaranlagen. Ebenso ist die Situation mit der Tramverlängerung, die für uns eine sehr hohe Priorität hat sowie einige Fragen an das Gebäude selber aus unserer Sicht zu klären. Im Sinne der SP-Fraktion empfehle ich ihnen Eintreten und im Anschluss an die Debatte die Überweisung an die BPK.

Roland Kuny: Wir reden jetzt zum Eintreten, sammeln die Punkte und stimmen im Anschluss daran über die Überweisung ab.

Rolf Hohler: Auch die SVP-Fraktion ist mit dem Quartierplan grundsätzlich zufrieden. Es wird geschaut, dass der Verkehr auch Richtung Norden via Kraftwerkstrasse abfliessen kann. Auch wir sind für Eintreten und Überweisung an die BPK wie vom Büro vorgeschlagen. Auch bei den anderen beiden Geschäften sehen wir eine Überweisung an die BPK.

Roger Schneider: Wir haben dieses Geschäft in unserer Fraktion intensiv diskutiert und trotz der Ausführlichkeit der Vorlage bedeutet dies nicht, dass sie keine Mängel hat. Vor allem ist diese Vorlage nicht kongruent mit den beiden anschliessenden Geschäften. Darum stelle ich den Antrag auf Rückweisung, damit der Gemeinderat die Vorlage überarbeiten kann und die BPK eine kongruentere Vorlage hat, die auch mit den beiden noch zu behandelnden Vorlagen stimmig ist. Einige Punkte, warum ich zu dieser Meinung komme: Wir haben im Reglement Verkaufsfläche, obwohl diese in diesem Quartier ausgeschöpft ist – es heisst ja, im Quartier 500m². Das Quartierplanreglement verlangt 1 Baum auf 1'000m². Beim Tramprojekt verschwinden etwa die Hälfte, werden eventuell ersetzt. Ein ursprüngliches Planungsziel war, eine möglichst hohe Qualität am Standort zu erzielen. Meines Erachtens erfüllt der Aussenraum, wie er sich jetzt präsentiert, diese Anforderung nicht und gerade von der Gemeinde hätte ich ein Bekenntnis zu guter und urbaner Aussenraumqualität erwartet. Der Parkplatzbedarf ist nicht stimmig; einmal heisst es 360, was erwünscht ist und der Quartierplan verlangt 500. Die MIV-Erschliessung ist alles andere als genügend. Er setzt voraus, dass man an die Rheinstrasse anhängen kann, obwohl der Kanton dies bis jetzt ablehnt. Der Quartierplan hatte auch zum Ziel, zur Lösung der Erschliessungsaufgaben beizutragen, was einfach nach der kantonalen Vorprüfung gestrichen wurde. Die Parkplatzbewirtschaftung ist nicht ganz klar. Wir haben doch ein total revidiertes Parkierungsreglement, das im Februar 2011 verabschiedet wurde - wo ist dieses geblieben? Beim Langsamverkehr ist in den Unterlagen die Rede von einem Massnahmenkonzept im Gebiet Grüssen, von dem wir auch nicht im Detail wissen, was es heisst und wie es im Quartierplan umgesetzt wurde.

GR Max Hippenmeyer: Ich bin sehr damit einverstanden, dass der Quartierplan an die BPK überwiesen wird. Roger Schneider hat vorhin einige Punkte aufgegriffen. Ich denke, es ist Aufgabe der BPK, den Quartierplan anzuschauen und wenn notwendig, zu verbessern, auszuarbeiten und dem Rat hier vorzulegen. Ich sehe absolut keine Notwendigkeit, das ganze Paket an die BPK zu überweisen und dies aus folgenden Gründen: Die Verlegung der Gasleitung und die Entsorgung der Altlasten sind zwar für die Realisierung dieses Baues notwendig, haben aber absolut keinen Einfluss auf den Quartierplan. Ausser, falls die Gasleitung nicht verlegt wird, der Quartierplan obsolet wird. Ansonsten besteht absolut kein Zusammenhang. Die vor euch liegende Vereinbarung wurde auf Stufe Geschäftsleitung an mehreren Sitzungen über einen längeren Zeitraum hinweg ausgehandelt zwischen IWB, Migros und Gemeinderat. Bei aller Wertschätzung der BPK frage ich mich, was eine solche Kommission ohne Insiderkenntnisse der Dossiers im Gegensatz zu den Verhandlungsteilnehmern mehr bewirken könnte. Eine Neuverhandlung kann man vergessen. Die SVP hat einen Wunsch auf Präzisierung verschiedener Punkte eingebracht. Diese liegt euch vor und ich sehe nicht ein, was eine BPK weiter bewirken sollte. Für Detailfragen im Zusammenhang mit den Altlasten ist Dieter Härdi anwesend, der über die technischen Fragen Auskunft geben kann. Ich bitte euch inständig, nur den Quartierplan zu überweisen und die anderen beiden Geschäfte hier in der Direktberatung zu behandeln und zu beschliessen. Immer auch im Hinblick darauf, was Investoren von Pratteln denken und was für Signale wir hier aussenden.

Patrick Weisskopf: Ich persönlich bin für eine Rückweisung dieses Geschäftes, weil die Experten, die dies gut beurteilen können, in der Verwaltung sitzen und wenn wir im Rat einen Quartierplan oder ein ähnliches Geschäft erhalten, diese Geschäfte richtig anschaut und abgestimmt sein müssen. Als ich dieses Geschäft durchgelesen habe, musste ich feststellen, dass der Quartierplan immer noch auf 2 Untergeschossen basiert, dass es Probleme mit den Parkplätzen für die Angestellten des OBI gibt und wenn man das Parkhaus reduzieren würde, sehe ich grosse Probleme. Für mich ist es das erste Mal, dass man nun aufgrund dieser Situation mit der Abfalldeponie festlegt, was Sache ist und was es kosten würde. Dies ist das dritte Geschäft, das wir nachher haben „Was kostet die Sanierung“ und da müssten wir mindestens 2 Varianten haben. Die Variante Totalsanierung können wir ausschliessen, weil sie vermutlich zu teuer wird. Wenn man keine Totalisierung macht, darf man das Oberflächenwasser sicher nicht versickern lassen – auch dies ist leider im Quartierplan vorhanden – und man müsste die Oberfläche

sauber versiegeln. Das Geschäft mit der Gasleitung ist für mich mit dem Quartierplan nicht stimmig: Eigentlich wäre die Verlegung von Gasleitungen von den IWB bezahlt gemäss neuem Vertrag, den wir dieses Jahr angeschaut haben. Dummerweise steht in Paragraf oder Absatz 4, dass für OBI spezielle Regelungen gelten und diese liegen nicht vor. Ich finde es nun happig, dies an den Einwohnerrat zu delegieren und an die BPK weiterzugeben, um die Arbeit der Verwaltung zu erledigen. Ich würde es so sehen, dass die Verwaltung ihre Arbeit gemacht hat und der Einwohnerrat und die BPK vielleicht noch Kleinigkeiten korrigieren, aber nicht immer dieselben Sachen wie beispielsweise bei der Statik, wo die Dachbegrünung jetzt fehlt - wir wollen Dachbegrünung - und dies sollte von Anfang an stimmen. Weiter wollen wir eine Abstimmung dieser 3 Geschäfte. Wirklich abstimmen kann man diese 3 Geschäfte nur in Einem und darum werde ich bei jedem dieser Anträge auf Rückweisung plädieren, damit es ein sauberes Paket gibt. Wenn die Rückweisung nicht stattfindet, muss es halt die BPK richten, obwohl ich nicht als ihre Aufgabe sehe, die Arbeit der Verwaltung zu erledigen. Das Insiderwissen der Verwaltung muss sich die BPK hart erarbeiten.

Roland Kuny: Wir stimmen über jedes Geschäft einzeln ab und nicht ein Gesamtpaket.

Andreas Seiler: Die FDP-Mitte-Fraktion ist sehr erfreut über die Quartierplanvorlage. Wir sind für Eintreten und unterstützen den Antrag, die Quartierplanvorlage und nur dieses Geschäft 2839 an die BPK zu überweisen. So ist eine effiziente Behandlung dieses Geschäftes möglich. Wir haben schon gehört, dass es einige Einwände gibt und zu klärende Sachen vor allem vonseiten der SVP und der Grünen. Darum sind wir hier für Überweisung nur dieser Vorlage; zu den anderen Vorlagen wird separat geredet.

Christine Gogel: Den Gutachten und Planungsgrundsätzen können wir entnehmen, dass die Verlängerung der Tramlinie 14 und die Haltestelle wichtige Bestandteile des Quartierplanes sind. Nun möchte ich wissen, wann die Verlängerung kommt. Es heisst, zum jetzigen Zeitpunkt, sei es noch nicht bekannt. Der Fachmarkt baut auf die vorgesehene Schiene - man kann ja jederzeit wieder rückbauen. Dieses kommt mir spanisch vor und lässt mich erahnen, dass es länger gehen könnte. 2'800 Fahrzeuge sollen täglich dorthin fahren, was für mich eine hohe Zahl ist. Es wird argumentiert, die Leute würden per öV dorthin gelangen; dann muss der öV auch vorhanden sein. Wenn die Tramverlängerung erst im Zusammenhang mit Salina Raurica gebaut wird, ist dies zu spät. Unsere Bitte an die BPK ist, hinsichtlich dieser Tramlinienverlängerung Druck zu machen und dahin zu wirken, dass sie schneller realisiert wird. Wir sind für Eintreten, Überweisung an die BPK und lehnen den Antrag der Grünen und Unabhängigen ab.

GR Rolf Wehrli: Danke für die Voten, den Quartierplan an die BPK zu überweisen. Zu den beiden Rückweisungsanträgen: Wir bitten sie, diesen nicht stattzugeben, sondern der Überweisung an die BPK. Es ist ja nicht so, dass der Gemeinderat die BPK den Hauptteil der Arbeit lassen machen will. Im Übrigen war es auch schon anders. Es wurden Geschäfte zu Quartierplänen an die BPK überwiesen und die Folge waren viele zusätzliche Aufträge an die Verwaltung. Es handelt sich um ein Geben und Nehmen und mit einer Überweisung an die BPK gibt es ein gemeinsames Werk.

Abstimmungen

://: Der Rat lehnt die Rückweisungsanträge von Roger Schneider und Patrick Weisskopf, Fraktion der Unabhängigen Pratteln, mit grossem Mehr ab.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Geschäft Nr. 2839 wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Geschäft Nr. 2840

Quartierplanung Fachmarkt Grüssenhölzli / Sondervorlage für Gemeindebeitrag Verlegung Gasleitung von netto CHF 920'000.—

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 2. Juli 2013

GR Max Hippenmeyer: Ich entschuldige mich für vorhin; ich dachte, wir würden über ein Gesamtpaket bei der Überweisung abstimmen. Das vorliegende und das nächstfolgende Geschäft haben einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Quartierplan Fachmarkt Grüssenhölzli. Deshalb sind sie auch auf derselben Traktandenliste. Ohne Verlegung der Gasleitung und Entsorgung der Altlasten auf dieser Parzelle ist die Quartierplanung obsolet. Am 28. April 2008, also vor mehr als 5 Jahren genehmigte der Einwohnerrat einen Baurechtsvertrag, der der Gemeinde als Landeigentümerin jährliche Einnahmen von CHF 750'000 bringen soll. Damals ging man davon aus, dass das Projekt zügig realisiert werden kann. In der Zwischenzeit sind einige Hindernisse aufgetaucht, die so nicht vorausgesehen werden konnten, die es jetzt noch zu beseitigen gilt. Eines dieser Hindernisse, jedoch ein matchentscheidendes, ist die Niederdruckgasleitung, die die lokale Gasversorgung sicherstellt. Details können sie unter den Erwägungen in der Vorlage entnehmen. Nach langwierigen Verhandlungen über die Kosten einer Verlegung zwischen der IWB, der Migros als Bauherrin und der Gemeinde als Landeigentümerin hat man sich auf eine Lösung verständigt, die die Gemeinde finanziell erheblich entlastet. Die ursprüngliche Ausgangslage war, dass sowohl IWB als auch Migros der Meinung waren, die Gemeinde als Landeigentümerin solle die gesamten Kosten übernehmen. Insbesondere sah die IWB für sich keinen Handlungsbedarf, denn die Verlegung ist ja ausschliesslich auf das OBI-Projekt zurückzuführen. Jetzt sind es 2 Drittel, aber unserer Kasse muss nur 1 Drittel entnommen werden, nämlich die hier zu genehmigenden CHF 920'000. Der Anteil der IWB von ebenfalls CHF 920'000 wird durch Verrechnung mit den Konzessionsabgaben abgegolten. Zu diesem Zweck wurde mit dem Rechnungsabschluss 2011 vorsorglicherweise CHF 1 Mio. zur Seite gelegt, sodass es die laufende Rechnung nicht belastet. Die Planungskosten von CHF 240'000 gehen vollumfänglich zulasten der IWB, wie auch alle das vereinbarte Kostendach von CHF 3 Mio. überschreitenden Kosten. Es geht darum, möglichst effizient und kostengünstig zu bauen. Weil die Gemeinde nicht Auftraggeber ist, sondern nur einen Kostenbeitrag leistet, gilt nicht das Bruttoprinzip und der Einwohnerrat muss nur über die Ausgabe von CHF 920'000 beschliessen. Dieses Vorgehen wurde vom Rechtsdienst des Kantons bestätigt. Die zwischen den Vertragsparteien abgeschlossene Vereinbarung gab offenbar in den Fraktionen zu reden, weil sie unterschiedlich interpretiert werden könnte. Auf Anregung der SVP-Fraktion wurde von der IWB noch eine Bestätigung eingeholt, welche ihnen vorliegt. Damit die Gemeinde endlich nachhaltig vom Filetstück ihres Landbesitzes profitiert, bitte ich sie auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen und sie nicht an die BPK zu überweisen. Dies würde lediglich eine unnötige Zeitverzögerung bedeuten und welche Signale dies für potenzielle Investoren sind, überlasse ich euch.

Das Büro empfiehlt Eintreten und Überweisung an die BPK. Diskussion zum Eintreten.

Emil Job: Vor allem Punkt 4 dieses Vertrages ist ziemlich unerklärlich und nicht eindeutig. Uns ist auch nicht klar, warum der Gesamtbetrag der Verlegung nun aufgeteilt wird. Wir haben einen Konzessionsvertrag mit den IWB und dort steht in Punkt 3.3 „Müssen die sich auf öffentlichem Grund (Allmend) befindlichen Gasversorgungsanlagen infolge von notwendigen Bauarbeiten der Gemeinde verlegt oder angepasst werden, führen die IWB die Rohrleitungsarbeiten auf eigene Kosten aus“. So gesehen gehört eine detaillier-

te Kostenaufstellung gemacht und erst dann eine Aufteilung. Darum beantrage ich Rückweisung.

Diskussion zum Rückweisungsantrag von Emil Job

Patrick Freund: Wir von der FDP-Fraktion-Mitte sind für Eintreten und für Direktberatung ohne Überweisung an die BPK. Zur Frage von Emil Job zu Punkt 4 des Vertrages nehme ich an, dass der Gemeinderat hier mündlich Auskunft geben kann und dies ist aus unserer Sicht kein Grund für eine Zurückweisung oder ein Nichteintreten. Dieses Geschäft ist für die Entwicklung sehr wichtig und nicht nur wegen OBI. Wenn wir dort keine Baubrache wollen, müssen wir etwas machen und investieren. In der Zwischenzeit hat sich die Gesetzeslage dermassen verändert, dass es mit den damaligen baulichen Rahmenbedingungen nicht mehr geht. Entsprechend sind wir für Eintreten, Direktberatung und die restlichen Argumente werden wir später bringen.

Claudio Rossi: Ich rede für die SP-Fraktion, die ebenfalls für Rückweisung dieses Geschäftes ist. Wir haben einen Antrag des Gemeinderates erhalten, der Zahlen enthält, die einer Überprüfung nicht Stand halten. Der Antrag selber enthält Sätze wie „Die Kosten der Verlegung der Gasleitung ...Blablabla... werden von den 3 Vertragsparteien zu je gleichen Teilen getragen“. Weiter unten steht, dass die IWB nur CHF 240'000 zahlen will. In der Vereinbarung unter Punkt 4 steht wiederum „Der Kostenanteil, welcher von den IWB getragen werden soll, wird aus diesem Auftrag abgegolten“. Bei diesem Antrag geht es ja darum, nicht CHF 920'000 einzuwerfen, sondern dass wir CHF 1.8 Mio. finanzieren müssen. Ob es nun cash ist oder anders abgerechnet wird, ist uns egal, es sind CHF 1.8 Mio.

Philippe Doppler: Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich für Eintreten und eine Überweisung an die BPK. Es macht keinen Sinn, jetzt über das Geld zu beschliessen, ob es nun CHF 1.8 Mio. oder CHF 920'000 sind, bevor wir nicht den Quartierplan bewilligt haben. Dieser ist nun bei der BPK, dann erfolgt eine Abstimmung und wir bewilligen ihn oder auch nicht. Falls er nicht bewilligt würde, wär das Geschäft sowieso obsolet und somit kann die BPK in ihrem Bericht einen Antrag an den Rat stellen über der Quartierplan und die beiden folgenden Geschäfte.

Patrick Weisskopf: Wieder mache ich euch schmackhaft, dieses Geschäft zurückzuweisen. Mit einer Rückweisung geben wir der Verwaltung die Möglichkeit, die noch offenen Punkte sauber zu klären und die Verträge eventuell neu zu verhandeln. Weiter fehlt mir in diesem Geschäft ein Alternativstandort. Wir gehen heute mit dieser Niederdruck-reduzierstation - es handelt sich um ein Gebäude - in ein Naherholungsgebiet und zwar bei der Ergolz. Dies finde ich schade und daher will ich in der Vorlage wissen, welche alternativen Standorte betrachtet wurden. Es ist nicht klar, für was das Geld ist und laut dem in diesem Jahr im Einwohnerrat besprochenen Konzessionsvertrag ist die Verlegung auf öffentlichem Grund von den IWB auf ihre Kosten zu machen. Dies ist hier nicht der Fall. Wir haben ein Dokument vorliegen, in dem auf etwas hingewiesen wird, das wir nicht kennen. Irgendwie ist ein Vertrag zustande gekommen zwischen der Gemeinde, den IWB und der Migros, wo irgendwelche Kosten aufgeteilt werden und ich mich frage, ob wir tatsächlich auf dem richtigen Weg sind. Daher will ich, dass es zuerst noch von der Verwaltung angeschaut wird. Wenn wir es jetzt überweisen, muss es zuerst die BPK ausdealen und dies finde ich den falschen Weg.

Kurt Lanz: Ich danke Gemeinderat und Büro für die Genesungswünsche, die ich erhalten habe, als ich im Spital war. Zum Geschäft: Ich bitte sie, dieses Geschäft tatsächlich an den Gemeinderat zurückzuweisen. Eigentlich müsste der grosse Titel dieses Geschäftes enthalten, dass die Gemeinde Pratteln CHF 1.8 Mio. in die Finger nimmt. Geld, das wir nicht erhalten ist auch Geld, das wir quasi ausgeben und dies sind die CHF 920'000 von den Konzessionen. Die im Geschäft ausgewiesenen CHF 920'000 dazu

ergibt für mich CHF 1.8 Mio. Wenn wir dieses Geschäft an die BPK überweisen, weiss ich nicht, was die BPK damit machen soll, weil eigentlich der Gemeinderat diese Vorlage erstellen müsste. Man müsste sich grundsätzlich überlegen, die Leitung auch dann zu verschieben, wenn OBI nicht kommt. Das Gebiet ist grundsätzlich nur brauchbar, wenn die Leitung verschoben ist und daher gibt es, keinen kausalen Zusammenhang zwischen Gasleitung und Quartierplan. Dass die Gasleitung nun wegen des Quartierplanes verlegt werden muss, ist klar. Man könnte die Gasleitung auch verlegen, um dieses Gebiet für uns nutzbar zu machen.

Gert Ruder: Als Ergänzung zu Kurt Lanz erwidere ich Patrick Weisskopf: Es ist etwas weit hergeholt, das Naherholungsgebiet resp. den Standort in diesem Zusammenhang zu sehen. Die Druckminderungsstation kommt in die unmittelbare Nähe der Autobahnbrücke und das wirklich schöne Naherholungsgebiet am Ergolzufer wird so fest nicht tangiert und dies als Argument beizuziehen, erscheint mir etwas weit hergeholt. Ich bin auch für Zurückweisung an den Gemeinderat, weil es mit Bestimmtheit für den Gemeinderat einfacher ist, beispielsweise in die nächste Sitzung eine neue Vorlage zu bringen, in der der informative Inhalt so ist, dass es möglicherweise darum geht nur CHF 920'000 de jure zu beschliessen, aber das Ganze doch CHF 1.8 Mio. kostet, weil es sich um ein Rechnungsprozedere mit den Rückvergütungen der IWB handelt. Dies geht nicht klar aus der Vorlage hervor und es ist einfacher, wenn der Gemeinderat eine neue Vorlage bringt. Die Hoheit für Vertragsabschlüsse liegt sowieso beim Gemeinderat und nicht beim Einwohnerrat.

Patrick Freund: Ich bin überrascht, dass die SP auch für Rückweisung ist. Die Vorlage wurde ja vom Gemeinderat ausgearbeitet und gewisse Fragestellungen sollten schon im Vorfeld geklärt sein. CHF 1.8 Mio. haben wir alle verstanden, aber es sind nur CHF 920'000, die wir momentan in die Hände nehmen müssen. Der Rest läuft über die Amortisation, was sicher keine schlechte Lösung ist. Man muss dem Gemeinderat zugutehalten, dass 2011 Gelder zweckgebunden auf die Seite gelegt wurden. Wir haben also eine gute Voraussetzung und Gert Ruder bzw. Kurt Lanz hat selber gesagt, dass kein direkter Zusammenhang zum OBI bestehe. Es geht darum, ob wir aus dieser Industriebranche etwas machen und künftig Geld damit verdienen wollen oder nicht. Selbst wenn OBI abgelehnt würde, würde mit dieser Massnahme die Voraussetzung bestehen, dass der Gemeinderat mit anderen Vertragspartnern verhandeln kann und der Gemeinde zusätzliche Einnahmen besorgt. Wir beschliessen mit dieser Vorlage nicht den OBI, sondern wir beschliessen, ob wir mit diesem Stück Land etwas anfangen können oder nicht und mit dem nächsten Geschäft übrigens auch. Da finde ich es sehr unverhältnismässig - weil der Titeltext nicht ganz schlüssig ist, aber jeder ihn verstanden hat, sonst wären die Zahlen nicht gekommen - einen Beschluss zu fassen, der leichtsinnig und nicht zukunftsweisend ist. Wir wollen für die Zukunft schauen, und dass die Gemeinde sich entwickeln kann. Wir möchten, dass dieses Landstück genutzt werden kann und wir damit Einnahmen generieren, unabhängig davon, ob nun OBI kommt oder nicht. Dies sehen wir, wenn das Geschäft von der BPK an den Einwohnerrat zurückkommt.

Roger Schneider: Der Standort wurde vorhin von Gert Ruder herabgespielt. Es handelt sich nicht nur um ein Naherholungsgebiet, sondern auch um Landwirtschaftszone mit Landschaftsschutz überlagert. Wir möchten wissen, warum es genau dieser Standort sein muss. Dieser könnte ja auch beispielsweise entlang der Leitung unter der Brücke sein, wo man mit dem Fahrrad an die Ergolz fahren kann und die Anlage etwas versteckter ist und nicht so prominent in der Ebene. Dies ist Grund, warum Patrick Weisskopf dieses Argument gebracht hat.

Emil Job: Es ging um viele Zahlen. Mir geht es bei der Rückweisung nicht um Zahlen, sondern darum, dass die IWB gemäss Konzessionsvertrag auch Geld in die Hand nehmen muss und dieses muss in der Vorlage ausgewiesen werden und dies fehlt mir und darum möchte ich es zurückweisen. Es geht mir nicht um CHF 1.8 Mio. oder CHF

920'000, sondern darum, dass man sehen muss, finanzieren wir nun alles oder zahlt die IWB auch etwas?

GR Max Hippenmeyer: Komplexe Geschäfte ergeben immer die Gefahr, dass man beginnt, Verschiedenes miteinander zu vermischen oder zu verwechseln. Zu Emil Job: Der Konzessionsvertrag hat absolut nichts mit diesem Geschäft zu tun, ausser, dass er die Finanzierung des IWB-Anteiles regelt. Der Gasbezüger zahlt die Konzessionsabgaben mit oder ohne Verlegung und das, was im Konzessionsvertrag geregelt ist, betrifft das lokale Versorgungsnetz. Wenn man beispielsweise das Gebiet Schwabenacker ans Gasleitungsnetz anhängen würde, dann ist dies etwas, das der Konzessionsvertrag regelt. Die hier vorgesehene Verlegung ist etwas Ausserordentliches und hat mit dem Konzessionsvertrag nichts zu tun. Zu Claudio Rossi: „Blablabla“ habe ich in dieser Vereinbarung nirgends gelesen, vielleicht hast du eine andere Version als ich. Zur SVP: Die Verlegung der Gasleitung wird nur gemacht, wenn der Quartierplan realisiert wird. Eine solche Verlegung lässt sich nicht in 1 oder 2 Tagen planen. IWB ist bereit, die Planungskosten von CHF 240'000 in die Hand zu nehmen und die Planung voranzutreiben, während der Quartierplan beraten wird. Wenn diese Vorlage zurückgewiesen wird, haben wir 1 Jahr Zeitverlust. Der OBI-Markt hätte laut früheren Angaben im Jahr 2015 eröffnet werden sollen und die Chancen sind gross, dass Migros sich zurückzieht und dann können wir die CHF 750'000 aus dem Finanzplan streichen. Wir streiten hier um des Kaisers Bart. Alle sind sich einig, dass es uns CHF 1.84 Mio. kostet. Aus unserer Kasse kostet es uns jedoch CHF 920'000 und warum hat man gesagt, zu drei gleichen Teilen? Weil wir 3 Partner sind: IWB, Migros und die Gemeinde Pratteln. Gemeinde und Migros können alleine überhaupt nichts machen und man muss die IWB mit einbinden und sie gelten als gleichwertiger Vertragspartner. Migros hätte auch sagen können, dass sie gar nichts bezahlen. Es handelt sich um eine komplexe Sache und es waren Leute am Werk, die über ihre Nasenspitze hinausdenken. Ich stelle fest, dass das Frustpotenzial relativ gross ist; aber dies ist eine andere Sache. Kurz: Eine Rückweisung bringt nichts und macht es nicht billiger oder teurer und ergibt vielleicht lediglich eine andere Vertragsabfassung. Die sprachlichen Unklarheiten haben wir gesehen. In der Vorlage heisst es klar „Die Gemeinde als Verursacherin muss für 2/3 der Verlegungskosten aufkommen“. Es handelt sich um eine andere Umschreibung; IWB, Migros und Gemeinde waren sich auf höchster Ebene einig und der Vertragsentwurf wurde den Juristen zum Verfassen übergeben. Dies ist das Resultat und wir wissen alle, um was es geht. Ich kann beim besten Willen nicht nachvollziehen, was eine Rückweisung an der Ausgangslage ändern würde. Darum bitte euch, so zu beschliessen wie vorgeschlagen.

Patrick Weisskopf: Wenn ich die Planunterlage anschau, sehe ich sehr nahe der Ergolz das Niederdruckgebäude, das von Hochdruck auf Niederdruck transferiert, damit das Gas überhaupt in das Ortsnetz eingespiesen werden kann. Warum soll dies nicht in der Konzession sein? Es wird ja herabtransferiert, damit es überhaupt in ein Ortsnetz eingespiesen werden kann und daher müsste es unter den Konzessionsvertrag fallen. Dies sind Fragen, die man jetzt noch sauber abklären sollte und dann dem Einwohnerrat noch einmal vorlegen. Dies bedeutet für euch 4 Wochen Zeit und dann kommt es auf die Traktandenliste und ist gegessen. So sind wir sogar schneller als über die BPK. Das Schlimmste heute Abend ist, das Geschäft abzulehnen, weil wir es nicht kapieren und dann ist der Schaden grösser. Ich bitte euch um Rückweisung und dies bedeutet, dass die Verwaltung die Gelegenheit erhält, die Vorlage sauber aufzugleisen, auseinanderzunehmen und erneut vorzulegen. Wenn wir es der BPK geben, geht es sicher länger, und wenn wir es ablehnen, haben wir einen riesigen Scherbenhaufen. Für mich ist der sinnvollste Weg eine Rückweisung an die Verwaltung.

Mauro Pavan: Ich bin kein Jurist, aber wenn hier in der Vereinbarung steht, dass die 3 Vertragspartner die Kosten zu gleichen Teilen tragen und in derselben Vereinbarung herauskommt, dass der Teil, den die eine Vertragspartei trägt, auch von uns getragen wird, kann ich der Vereinbarung nicht zustimmen. Dies hält für mich juristisch nicht. Eine schlechte Idee ist es nicht, aber wenn Pratteln 2/3 bezahlt, Patrick Freund, möchte ich,

dass es auch so im Vertrag steht und dann kann ich zustimmen. Darum möchten wir es an den Gemeinderat zurückweisen. Wenn der Gemeinderat schnell macht, gibt es keine grosse Verzögerung.

GR Emanuel Trueb: Wichtig ist, dass man sachlich über das Vertragswerk nachdenkt. Es kam unter Mitwirkung der Vertragspartner zustande. Ich kann nachvollziehen, wenn man dem Gemeinderat den Auftrag geben möchte, den Vertrag zu überarbeiten. Nur ist dies nicht eine Arbeit des Gemeinderats alleine, sondern muss unter Einbezug der Vertragspartner geschehen. Der Vertrag, wie er heute vorliegt, ist ein Verhandlungsprodukt dieser Vertragspartner. Eigentlich sind wir auf die Unterstützung des Einwohnerrates angewiesen, damit wir als Gemeinderat gegenüber den Vertragspartnern auch glaubhaft sind und weitermachen können. Ich stelle fest, dass eine Rückweisung für den Gemeinderat nicht eine einfache Situation darstellt und daher bitte ich euch, in diesem Bewusstsein zu urteilen. Wenn in jenem Gebiet eine Entwicklung stattfinden soll und muss, brauchen wir die Unterstützung beider Räte, die eine klare Aussage machen zu Investitionen, die für die Gasleitung zu tätigen sind. Wir nehmen kein Geld in die Hand im Hinblick auf irgendein Projekt, sondern erst, wenn ein konkretes Projekt auf dem Tisch liegt und dies ist das Projekt OBI, sonst haben wir keinen Anlass dazu. Dies gilt im Übrigen auch für das nachfolgende Geschäft. Ich bitte wirklich, die Investitionen im Licht der nicht ganz einfachen Verhandlungen, von den wir meinen, das Beste herausgeholt zu haben, zu beurteilen und darauf einzutreten.

Abstimmungen

://: Der Rat lehnt die Rückweisungsanträge von Emil Job und Patrick Weisskopf, Fraktion der Unabhängigen Pratteln, sowie von Kurt Lanz und Claudio Rossi, SP-Fraktion, mit 13 Ja zu 16 Nein bei 3 Enthaltungen ab.

Der Rat beschliesst mit 15 Ja zu 10 Nein bei 7 Enthaltungen:

://: Das Geschäft Nr. 2840 wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Geschäft Nr. 2841

Quartierplanung Fachmarkt Grüssen- hölzli / Sondervorlage für Gemeinde- beitrag Entsorgung Altlasten von netto CHF 5.6 Mio.

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 16. Juli 2013

GR Max Hippenmeyer: Wie bereits das vorgängige Geschäft hat auch diese Vorlage einen direkten Zusammenhang mit dem OBI-Fachmarkt. Leider hat sich die Belastung des Bodens durch Altlasten wesentlich grösser erwiesen als ursprünglich angenommen. Details können sie der Vorlage entnehmen und für technische Fragen steht auch der Abteilungsleiter Dieter Härdi zur Verfügung. Als Grundeigentümerin ist die Gemeinde für die Beseitigung dieser Altlasten verantwortlich. Ein Regress auf die seinerzeitigen Verursacher der Verunreinigung ist aus verschiedenen, in der Vorlage ebenfalls beschriebenen Gründen nicht möglich. Weil wir seinerzeit im Baurechtsvertrag - allerdings unter den damals bekannten, wesentlich geringeren Entsorgungskosten - eine Kostenbeteiligung der Migros als Baurechtsnehmerin ausgehandelt hatten, ist diese bereit sich mit CHF 2 Mio. (immerhin etwas mehr als einen Drittel) an den Entsorgungskosten zu betei-

ligen. Selbstverständlich kostet diese Entsorgung eine Menge und die Vergangenheit holt uns jetzt ein. Wenn wir nichts machen, sparen wir im Moment zwar CHF 5.6 Mio., haben aber ein praktisch wertloses Grundstück, das eigentlich ein Filetstück darstellt. Wenn wir jetzt mit einer Kostenbeteiligung eines Investors von CHF 2 Mio. in den sauren Apfel beißen und diese Altlast bereinigen, ist dies eine Investition in die Zukunft. Eine Zukunft, die uns über die Dauer des Baurechtsvertrages (ohne Berücksichtigung einer Verlängerung von 2x25 Jahren) CHF 36,75 Mio. oder sechseinhalb Mal so viel einbringt. Oder anders ausgedrückt, die Altlasten sind 7,5 Jahren getilgt. Ob wir zukünftig, d. h. ohne OBI-Fachmarkt so günstig zu einer Bereinigung dieser Umweltsünden der Vergangenheit kommen, bezweifle ich sehr stark. Deshalb bitte ich sie, auf die Vorlage einzutreten und wie beantragt zu beschliessen. Das letzte Wort hat sowieso der Souverän.

Das Büro empfiehlt Eintreten und Überweisung an die BPK. Diskussion zum Eintreten.

Mauro Pavan: Das Eintreten ist von mir nicht bestritten; ich schliesse mich den Antrag des Büros an. Das letzte Wort hat hier der Souverän und CHF 5.6 Mio. sind viel Geld und mit einer Kostengenauigkeit von plus/minus 30% ergibt dies über CHF 7 Mio. Uns ist klar, dass man die Sondermüllbeseitigung machen muss und auch soll. Was ist, wenn das Volk Nein sagt? Dann bleibt der Müll dort liegen und es kann nicht gebaut werden. Darum ist wichtig, dass alle Unklarheiten beseitigt werden und diesen Auftrag möchten wir der BPK geben, damit am Schluss eine Abstimmungsvorlage entsteht, die das Volk mit gutem Gewissen beschliessen kann. In diesem Sinn schliesst sich die SP-Fraktion dem Antrag auf Überweisung an die BPK an.

Patrick Weisskopf: Wie bereits zu Beginn angetönt, bin ich dafür, dass wir dieses Geschäft ein wenig warten lassen und zurückweisen. Wir erinnern uns, dass im Quartierplan heute immer noch von 2-geschossigem Bauen die Rede ist und im 2. Untergeschoss sollen Anlieferung, Lager- und Büroräume sein. Im 1. Untergeschoss ist ein Parkhaus vorgesehen und darauf kommt das eigentliche Einkaufszentrum. Dies bedeutet, dass wir gemäss dem Quartierplan 2-stöckig graben müssten. Weil dies sehr teuer ist, hat man nur noch von 1 Untergeschoss geredet. Für mich ist immer noch nicht klar, ob die BPK nun 1 oder 2 Geschosse bewilligt, weil man sie braucht oder weil es sonst zu teuer ist. Man muss nun schauen, was es tatsächlich braucht, damit der Quartierplan sinnvoll umgesetzt werden kann und aufgrund dessen, was man braucht, wird man dieses Papier anpassen und mit den richtigen Zahlen dem Einwohnerrat vorlegen. Wir können es schon jetzt der BPK geben; es bleibt etwas länger liegen. Ebenfalls müsste noch abgeklärt werden, was mit dem Rest des Mülls geschieht, der im Boden bleibt. Wir wissen, dass Gift vorhanden ist, aber nicht von wem, und wissen auch nicht, ob es einen Einfluss aufs Trinkwasser hat. In der Nähe gab es früher eine Trinkwasserversorgung, die nicht mehr in Betrieb ist. Das Gebiet wird unten überbaut und es ist anzunehmen, dass man dort weiterhin kein Trinkwasser fördern wird. Trotzdem bin ich der Meinung, man solle die Grube versiegeln, wenn man nicht allen Müll herausnimmt. Eine Totalsanierung wird nicht Sinn machen, weil es sehr, sehr teuer ist und man es nicht finanzieren will. Die Versiegelung kommt noch dazu und, basierend auf den Quartierplan werden sich die Werte anpassen und man kann dies wieder bringen, ja sagen und dem Volk vorlegen. In diesem Sinn ist auch hier keine Eile und darum stellen wir dieses Geschäft zurück und geben dem Gemeinderat die Gelegenheit, es kostenmässig neu anzuschauen. Vielleicht gibt es verschiedene Anbieter, die solche Entsorgungen vornehmen oder vielleicht handelt es sich um einen Standardwert.

Philippe Doppler: Auch bei diesem Geschäft ist die SVP-Fraktion für Überweisung an die BPK. Es bringt nichts, wenn wir jetzt über CHF 5.6 Mio. beschliessen, wenn wir nicht einmal wissen, ob der Quartierplan vom Einwohnerrat bewilligt wird. Entsprechend kann die BPK eine Empfehlung abgeben und auch zu den Punkten, die Patrick Weisskopf eben aufgezählt hat und auch zu den Unstimmigkeiten zwischen Quartierplan und die-

sem Geschäft. Daher ist die BPK die richtige Instanz, dieses Geschäft noch einmal zu beraten.

Abstimmungen

://: Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag von Patrick Weisskopf, Fraktion der Unabhängigen Pratteln, mit grossem Mehr ab.

Der Rat beschliesst mit 22 Ja zu 8 Nein bei 2 Enthaltungen:

://: Das Geschäft Nr. 2841 wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Präsenz: Es sind nun 33 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 18, das 2/3-Mehr 23 Stimmen.

Geschäft Nr. 2842

Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Gemeindeeigene Grundstücke“

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Kurt Lanz, betreffend „Gemeindeeigene Grundstücke“ vom 24. Juli 2013

GR Max Hippenmeyer: Die Formulierung „eventuell“ lässt alles offen. Baurecht entspricht nach wie vor der Regel, aber keine Regel ohne Ausnahme. Im vorliegenden Fall ist es eventuell sinnvoll, das Grundstück zu veräussern, insbesondere wenn es gegebenenfalls zu einem Teil einer grösseren Parzelle würde. Kleine, isolierte Grundstücke lassen sich unter Umständen nicht für die Begründung eines Baurechts. Fazit: Der Gemeinderat hat seine Haltung zu gemeindeeigenen Grundstücken nicht geändert und es handelt sich also nicht um einen falschen Ausdruck in der Antwort, sondern vielmehr um einen pragmatischen Ansatz.

Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion.

Kurt Lanz: Danke für die Ausführungen. Für mich ist wichtig, dass die Gemeinde keine Kehrtwendung macht. Mit dieser Interpellation wollte ich unterstreichen, dass ich schaue, wo der Gemeinderat Grundstücke veräussern will. Ich bin ein Freund des Baurechtes. Beim Quartierplangeschäft vorhin hat GR Max Hippenmeyer von 2 Steuerprozenten geredet. Wenn niemand Grundstücke hätte und alle einen Baurechtszins zahlen würden, müsste man nicht mehr Steuern bezahlen und die Gemeinde hätte trotzdem noch genügend Geld. Mit diesem Hintergrund möchte ich, dass die Gemeinde keine Parzellen verkauft, sondern im Baurecht abgibt, weil wir dieses über die Baurechtszinsen erworbene Geld nicht über die Steuern zahlen müssen. Wir diskutieren immer wieder im Dezember über mehr oder weniger Steuern und diskutieren im Budget über mehr oder weniger Geld. Für mich ist der Baurechtszins eine Geldquelle und daher bin ich der Meinung, dass der Gemeinderat sehr bedacht sein soll, wenn es um die Veräusserung von Liegenschaften geht. Mir ist lieber, er gibt sie im Baurecht ab und dies konnte ich hier nun wieder postulieren.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2843

Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Dominik Holenstein, betreffend „Quecksilber-Emissionen in Pratteln“

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Dominik Holenstein, betreffend „Quecksilber-Emissionen in Pratteln“ vom 24. Juni 2013

GR Stefan Löw: Ein Hinweis: Es hat eine Vorlage an den Landrat des Kantons BL von Landrat Jürg Wiedemann der grünen Fraktion betreffend CABB AG Pratteln und Quecksilber-Emissionen gegeben. Der Regierungsrat hat am 28. Mai 2013 die Interpellation ausführlich beantwortet. Diese kann auf der Homepage des Kantons eingesehen werden. Frage 1: *Hat der Gemeinderat Kenntnis davon wie viel Quecksilber durch die Luft ins Freie gelangt und wo sich dieses niederschlägt?* Die 1972 installierte CABB AG produziert nach den in der Schweiz gültigen und mehrfach verschärften Sicherheits- und Umweltschutzgesetzen und wird durch die kantonalen Ämter (Lufthygieneamt, Amt für Umweltschutz und Energie, Sicherheitsinspektorat) überprüft. Gemäss einer öffentlichen Datenbank des Bundes betrug der Schadstoffausstoss im Jahre 2011 13kg Quecksilber in die Luft. Je nach meteorologischen Verhältnissen gelangt das Quecksilber durch Niederschlag, vor allem in West- oder Ostrichtung der CABB AG, auf den Boden. Frage 2: *Was unternimmt der Gemeinderat, damit die Prattler Bevölkerung dadurch nicht gefährdet wird?* Die Firma CABB AG ist verpflichtet, im Rahmen der Störfallverordnung dem Sicherheitsinspektorat des Kantons einen Kurzbericht einzureichen. Die CABB AG wird durch verschiedene Fachstellen des Kantons regelmässig inspiziert. Hinzu kommen Kontrollen durch die SUVA und Zertifizierungsstellen, die die Sicherheits-, Qualitäts- und Umweltschutzmanagementsysteme der Firma regelmässig auditieren und zertifizieren. Das Sicherheitsinspektorat hat regelmässigen Kontakt zur CABB AG und prüft die Sicherheitsvorkehrungen der Firma. Danach unterhält die Firma ein branchenübliches Sicherheitsmanagementsystem mit klaren Verantwortlichkeiten und Regelungen. Das Sicherheitsinspektorat hat keine Anhaltspunkte, welche den sicheren Betrieb der Anlage infrage stellt. Frage 3: *Wie wird die Prattler Bevölkerung darüber informiert?* Eine Informationspflicht an die Bevölkerung wird bei einer funktionierenden Industrieanlage nicht gesehen. Das Sicherheitsinspektorat des Kantons BL informiert über die Ergebnisse von Risikoermittlungen in den Jahresberichten. Frage 4: *Was unternimmt der Gemeinderat, damit die Firma CABB AG ihre Quecksilberverfahren nicht erst 2020 einstellt oder durch ein anderes umweltschonenderes Verfahren ersetzt?* Die Firma CABB AG ist Mitglied der Euro Chlor Organisation. Die der Euro Chlor Organisation angehörende Mitglieder haben sich freiwillig verpflichtet, das Quecksilberverfahren bis spätestens 2020 einzustellen oder durch ein quecksilberfreies und energieeffizienteres Verfahren zu ersetzen. Bei einem rechtmässigen Betrieb ergibt sich keine gesetzliche Grundlage, eine gültige Betriebsbewilligung infrage zu stellen.

Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion.

Dominik Holenstein: Ich war von der Beantwortung der Interpellation von Jürg Wiedemann durch die Baselbieter Regierung beunruhigt. Die Beantwortung war relativ ausführlich und es hat mich schockiert, dass in nicht unerheblichen Mengen jährlich Quecksilber freigesetzt wird, von dem man gar nicht weiss, wo es sich absetzt. Diese Frage konnte GR Stefan Löw auch nicht beantworten. Irgendwo wird es durch den Niederschlag auf die Erde kommen. Quecksilber ist ein starkes Gift und reichert sich in Natur und Mensch an und verschwindet nicht. Man wird also über kurz oder lang eine Anreicherung haben. 13kg, ich kann nicht beurteilen, wie viel dies ist. Mich beschäftigt mehr die Tatsache, dass eine solche Produktionsmethode eingesetzt wird, obwohl es von dieser Branche eine Selbstverpflichtung gibt, die sich zum Ziel gesetzt hat, dies durch möglichst umweltschonende Verfahren zu ersetzen. Gerade im Gebiet Pratteln mit einer hohen Sied-

lungsdichte, die wir zusätzlich mit Salina Raurica in unmittelbarer Nähe verstärken werden, ist es für mich ein Muss, dass sich der Gemeinderat hier einsetzt und der CABB AG ein Signal setzt. Rechtlich besteht keine Handhabe, wenn sich nicht irgendwelche nicht-konformen Sachen ereignen. Am 21. Juni hatten wir eine Verpuffung ätzender Stoffe; es ist nicht so, dass die Produktion völlig harmlos ist. Es gibt immer wieder Ereignisse bei dieser Firma und finde es daher bedenklich. Man diskutiert nun, die ARA zu verlegen. Ich finde die Chemiefabriken in unserer Nähe als gefährlicher; es handelt sich nicht um ein Geruchsproblem, sondern ein echtes chemisches Problem, wenn dort etwas passiert. Die Gemeinde müsste sich überlegen, ein Signal zu senden, dass dort schneller etwas in Richtung Produktionsänderung passiert. Die Bevölkerung von Pratteln hat auch das Recht, dass sie geschützt wird; wir wollen auch in einem sicheren Gebiet leben und eine solche Produktionsumstellung müsste heutzutage eigentlich möglich sein. Wir haben Hightech-Firmen in der Schweizerhalle und Umgebung, vor allem Pharmafirmen, die mit den neuesten Produktionsmethoden schaffen und ich sehe nicht ganz ein, warum hier noch ein altes Verfahren verwendet wird, das weltweit fast geächtet ist und wir hier einen solchen Produktionsstandort haben. Der Gemeinderat hat die Fragen nicht nicht direkt beantwortet. Was unternimmt er? Dass er noch einmal über die Bücher geht und der Firma ein entsprechendes Signal sendet.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2844

Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Dominik Holenstein, betreffend „Vorfälle im Alters- und Pflegeheim Madle“

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Dominik Holenstein, betreffend „Vorfälle im Alters- und Pflegeheim Madle“ vom 24. Juni 2013

GR Ruedi Brassel: Ich beantworte diese Interpellation als Vertreter von GR Elisabeth Schiltknecht, die eigentlich zuständig ist, aber als Stiftungsrätin des APH Madle involviert und daher in den Ausstand geht. Auch GR Max Hippenmeyer ist als Mitglied des Stiftungsrates in derselben Situation und ich komme so direkt zur Frage e) *War der Gemeinderat über die Vorfälle informiert?* Im Gemeinderat wurde über diese Vorfälle nicht diskutiert. Der Gemeinderat als Organ hat von diesen Vorfällen keine Kenntnis genommen. Darum hat der Gemeinderat beschlossen, die Fragen a) bis d) dem Stiftungsrat als zuständigem Organ zur Stellungnahme vorzulegen. Der Stiftungsrat hat uns folgendes Schreiben zukommen lassen: „Der Stiftungsrat hat an seiner Sitzung vom 25. Juni 2013 von der Interpellation der Unabhängigen Partei Pratteln Kenntnis genommen. Das APH Madle untersteht nicht der Aufsicht des Einwohnerrates Pratteln, weshalb der Stiftungsrat auf eine Stellungnahme zuhanden des Einwohnerrates verzichtet“. Sie haben jedoch auf ihrem Pult ein Schreiben des Stiftungsrates vom 23. August 2013 und eine Kopie der Stellungnahme zur Kassensturzfrage, die doch inhaltlich auf die Vorfälle eingeht. Damit ist klar, wann Stellung genommen wurde und was zu diesen Vorfällen zu sagen ist. Frage f) *Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen?* Für den Gemeinderat geht aus dieser Stellungnahme klar hervor, dass der Stiftungsrat die Situation erkennt und anerkennt, dass Gespräche mit den Betroffenen geführt wurden und auch Qualitätsbestrebungen vorhanden und nachgewiesen sind. Vor diesem Hintergrund besteht kein Anlass, dass der Gemeinderat etwas unternimmt. Der Stiftungsrat handelt hier sehr verantwortlich und ich bitte sie, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Der Rat beschliesst stillschweigend Diskussion.

Dominik Holenstein: Danke für die Beantwortung bzw. Nichtbeantwortung. Ich bin erstaunt, weil meiner Meinung nach die Fragen nicht beantwortet sind. Es geht nicht darum, Schuldzuweisungen an die Heimseite, Leitungsseite oder wo auch immer, vorzunehmen. Mich beschäftigt, wenn man den Kassensturzbeitrag gesehen hat, und diesen haben viele Leute gesehen, dass keine Kommunikation über irgendeinen Bereich stattgefunden hat. Im Kassensturzbeitrag wurden 1 oder 2 Sätze zitiert; mich hat gestört, dass man nichts mehr gehört hat. Man konnte nichts lesen; es war auch nicht auf der Webseite des APH Madle aufgeschaltet und es entstand der Eindruck, dass die Beteiligten die Situation aussitzen und hoffen, dass möglichst schnell Gras darüber wächst. Gespräche mit EinwohnerInnen haben aber gezeigt, dass das Thema die Leute verunsichert. Es gibt einige EinwohnerInnen, die sich überlegen, ihre betagten Eltern ins Madle schicken, das einen guten Namen hat. Ich war persönlich betroffen und hätte nie geglaubt, dass solche Ereignisse dort vorkommen könnten. Ich habe geglaubt, es sei eine gute Institution. Der Ruf, der darunter leidet, ist das Problem und man kann nicht nur Sitzenbleiben und hoffen, dass die Leute möglichst schnell vergessen; man muss auf alle Seiten aktiv werden. Man hat keine Informationen erhalten, was alles weiter vor sich gegangen ist. Es wurde angetönt, dass Qualitätsverbesserungsmassnahmen ergriffen wurden. Warum hat man das Schreiben, das heute auf dem Tisch liegt, nicht veröffentlicht? Es enthält keine patientenbezogenen Aussagen und hätte mir selber gedient. Ich sehe, dass es einen Stellenmix des Personals gibt, der dem Durchschnitt entspricht. Dies ist für mich ein wichtiger Punkt, weil es ein Qualitätsindikator für diese Institutionen ist; so etwas hätte man doch proaktiv veröffentlichen können. Der Gemeinderat macht es sich hier etwas einfach, wenn er sagt, er sei nicht zuständig und hätte keine Weisungsbefugnis. Dies ist richtig, aber er ist Auftraggeber des Madle und am Madle sind noch 2 weitere Gemeinden mitbeteiligt, deren Ruf ebenfalls darunter leidet. Ich habe erwartet, dass die verantwortlichen Personen Stellung nehmen, egal wie. Man muss nicht direkt auf den Kassensturzbeitrag reagieren, aber doch in dem Sinn, dass man die Anliegen ernst nimmt und weitere Informationen gibt, was in der Zwischenzeit geschehen ist. Dies sind alle Beteiligten der Bevölkerung schuldig und ich hoffe, dass wirklich Lehren daraus gezogen werden und die Öffentlichkeit entsprechend informiert wird.

Die Interpellation ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2845

Postulat der SP-Fraktion, Claudio Rossi, betreffend „Beschäftigungsprogramm für Sozialhilfebezüger in Eigenregie“

Aktenhinweis

- Postulat der SP-Fraktion, Claudio Rossi, betreffend „Beschäftigungsprogramm für Sozialhilfebezüger in Eigenregie“ vom 24. Juni 2013

GR Emanuel Trueb: Die Fragen des Postulates interessieren die Gemeinde und natürlich auch mich als zuständigen Departementschef ebenso und noch viel mehr die zuständige Sozialhilfebehörde. Von daher sind es Fragen, die ich gerne beantworte und ich kann mir vorstellen, dieses Postulat an den Gemeinderat zu überweisen.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Postulat Nr. 2845 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Fragestunde

Frage

Einigung unter vier Grundeigentümern – Baurechtsvertrag für Coop-Neubau (Patrick Weisskopf, Fraktion Unabhängige Pratteln)

GR Max Hippenmeyer: Frage 1: Welche Grundstücke hat die Gemeinde Pratteln hier veräussert? Es handelt sich um die Parzellen 4528, 4529, 4530 und 4531 entlang der Autobahn ab der Salinenstrasse Richtung Osten. Es handelt sich um ehemalige Gleisparzellen. Frage 2: Zu welchem Preis und wie viele Quadratmeter wurden verkauft? Es sind 11'143m² entschädigungslos abgetreten worden, da es sich um ein Abtauschgeschäft mit dem Kanton handelte. Gemäss Abtretungsvertrag mit dem Kanton erklärt sich der Kanton bereit, eine gleichgrosse Fläche im Gebiet Salina Raurica unentgeltlich an die Einwohnergemeinde abzutreten. Es handelt sich um Strassenparzellen. Frage 3: Warum hat sich die Gemeinde Pratteln nicht in die einfache Gesellschaft eingebracht und von den Baurechtszinsen anteilmässig profitiert? Diese Flächen können nicht zum Verkehrswert bewertet werden, weil sie nicht als Bauland genutzt werden können. Gemäss Vereinbarung aus dem Jahre 1999 zwischen der Gemeinde und dem Kanton müssen sie entschädigungslos zur Verfügung gestellt werden müssen. Frage 4: Wie gross ist die Differenz zwischen dem anteilmässigen Baurechtszins (für 50 Jahre, 75 Jahre und 100 Jahre) im Vergleich zum erzielten Verkaufspreis? Diese Frage erübrigt sich, da das Land nicht verkauft worden ist. Frage 5: Wurde die Möglichkeit eines Landabtausches in Betracht gezogen? Ja, es ist so vorgesehen, jedoch erst im Verlauf der weiteren Planung Salina Raurica.

Die Frage ist beantwortet.

Die **Mitglieder der BPK** treffen sich nach der Sitzung zu Terminabsprachen. Die **Septembersitzung** wird mangels Traktanden abgesagt; dies wird noch schriftlich mitgeteilt. Es wäre schön, wenn Dominik Holenstein und Mario Puppato an der Oktobersitzung zur Verabschiedung anwesend sind.

Die Sitzung wird um 21.05 Uhr beendet.

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Roland Kuny

Joachim Maass

Pratteln, 2. September 2013